

Stellungspapier

30. März 2022

Antidiskriminierungsarbeit vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs: Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für vulnerable Gruppen unter Kriegsflüchtlingen notwendig!

Der Krieg gegen die Ukraine bringt eine extreme Form von Gewalt nach Europa. Natürlich gibt es permanent überall kriegerische Auseinandersetzungen auf der Welt, doch die Kriege in Syrien, Afghanistan, Jemen oder Sudan sind im öffentlichen Bewusstsein weniger präsent und schlicht geographisch weiter weg.

Mit dem Krieg in der Ukraine ist die persönliche Betroffenheit der Menschen in Deutschland gestiegen. Viele Unterstützungsnetzwerke aus den Willkommensbündnissen von 2015/16 reaktivieren sich und immer mehr Menschen schließen sich an, um Kleiderkammern in Zelten zu betreuen, Menschen zu Hause aufzunehmen, Schulklassen auszustatten oder beim Weg aufs Amt zu begleiten.

In der konkreten Unterstützung der ukrainischen Geflüchteten sind wir als Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechts-Extremismus [moskito], für Demokratie und Vielfalt und als Koordinierung von drei Partnerschaften für Demokratie in Pankow mit Ungleichwertigkeiten und Diskriminierungen beim Umgang mit Geflüchteten konfrontiert. Anschließend an die aktuellen Debatten möchten wir für Ideen und Austausch anregen, um im Berliner Bezirk Pankow präventiv antidiskriminierend wirken zu können. Folgende Konfliktthemen wurden in den letzten Wochen geschildert, die wir bereits in Vernetzungsrunden zum Thema gemacht haben und weiter diskutieren und verändern wollen:

Nicht alle Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine genießen den gleichen Schutz und Support!

Die Ukrainer:innen erfahren, wenn auch immer noch in der Umsetzung prekär und nicht ausreichend, vielfältige staatliche und private Unterstützung. Insbesondere ihre rechtliche Anerkennung ermöglicht den ukrainischen Kriegsflüchtlingen einen sicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland.

Aber nicht alle aus der Ukraine eingereisten Menschen erfahren gleichermaßen Unterstützung. Bei Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine gibt es eine Ungleichbehandlung und Racial Profiling an der Grenze, in der Mobilität und auch bei der Aufnahme in Deutschland und in anderen EU-Ländern. Während Weiße Geflüchtete ungehindert passieren konnten, wurden Schwarze Geflüchtete aussortiert und aufgehalten. Ihr rechtlicher Status in Deutschland ist häufig unsicherer. Inzwischen haben sich mehrere Vereine gegen diese Ungleichwertigkeit ausgesprochen und schilderten u.a. bei Pankower Vernetzungstreffen ihre Erfahrungen. Im Folgenden dazu ein Ausschnitt aus der Stellungnahme der Horoya-

Koalition, einem Bündnis aus afrikanischen/schwarzen Organisationen und Vereinen in Deutschland. Darin machen die Vereine gemeinsam auf Rassismus, weitere Formen der Benachteiligung und Verletzung von Menschenrechten aufmerksam, denen sich Menschen mit afrikanischen Vorfahren und nichtweiß wahrgenommene Menschen auf oder nach der Flucht aus der Ukraine ausgesetzt sehen:

*„Seit [dem] 26. Februar werden wir mit einer Flut verstörender Bilder und Berichte konfrontiert. Wir sehen wie ukrainische Sicherheitskräfte und Zivilpersonen afrikanische und nichtweiße Menschen aus Bussen und Bahnen zerrren, damit sie „weißen Ukrainer*innen“ nicht den Platz wegnehmen. Wir erleben an ukrainischen Außengrenzen, wie schwarze und nichtweiße Menschen zurückgestellt, benachteiligt und de facto an der Flucht gehindert werden. Auch bezüglich des Zugangs zu Wasser, Nahrung, Wärme, Unterkunft, Hygiene, medizinischer Versorgung, lebenswichtigen Informationen und Personentransport werden sie stark benachteiligt. Uns erreichen Berichte von Gruppen afrikanischer Menschen, die mehr als 60 KM zu Fuß zurücklegen mussten, um dann an der Grenze in der Kälte abgewiesen zu werden. Unter ihnen waren schwangere Frauen und auch Kinder. Auch an der deutschen Grenze sind sie Benachteiligungen ausgesetzt. Hier werden sie im Sinne des Racial Profiling aufgrund ihrer Hautfarbe von der Bundespolizei aus den Zügen und Bussen gezogen, während weiße Ukrainier*innen ohne ähnliche Behinderungen in Deutschland einreisen dürfen.“*

Angesichts dieser untragbaren Entwicklungen und der höchst prekären Lage, in der sich geflüchtete People of Colour und Schwarze Menschen befinden, schließen wir uns der Einschätzung der Horoya Koalition an, wonach dringender Handlungs-, Unterstützungs- und Gesprächsbedarf auf Bundes- und Lokalebene besteht. *„Bisher ist keine entsprechende Aufmerksamkeit in Politik, Medien und Zivilgesellschaft Deutschlands zu erkennen. [...] Wir haben uns zusammengeschlossen, um gegen diese bisher kaum wahrgenommene, untragbare Situation vorzugehen und auf sie aufmerksam zu machen. Zusätzlich unterstützt unser Bündnis aktiv die Menschen, die dieser Situation ausgesetzt sind vor Ort, also auch hier in Deutschland.“*

Weiter wird in der Stellungnahme deutlich, dass nicht-ukrainische Studierende, die aus der Ukraine geflohen sind, in Deutschland nicht ihr Studium fortsetzen können, ukrainische Staatsbürger:innen dagegen aber in der Regel schon. Die Koalition Afrikanischer und Schwarzer Vereine und Communities stellt unter anderem folgende Forderungen:

„Wir fordern die Bundesregierung hiermit auf, die Rechte aller Menschen, die aufgrund dieses Krieges flüchten, zu vertreten. Gemäß der Auflagen, zu der sie sich im Grundgesetz Artikel 3 selbst verpflichtet hat. Und wir ermahnen sie deutlich unverzüglich mit dem Racial Profiling und anderen rassistisch-motivierten Praktiken aufzuhören und zukünftig nicht mehr anzuwenden.“

Eine weitere Forderung an die Bundesregierung besteht darin *„afrikanischen Studierenden, die vor dem Krieg aus den Ukraine fliehen mussten und hier in Deutschland Zuflucht gefunden haben, die Möglichkeit zu gewähren, ihr Studium nach 16b AufenthG bzw. ihre Ausbildung hier abschließen oder fortsetzen zu können“*, so wie es auch ukrainischen Studierenden gewährt werde.

Antislawischer/ antirussischer Rassismus

Antirussische Stereotype wurden in den letzten Wochen im öffentlichen Raum immer stärker sichtbar. So berichten russischsprachige Vereine oder auch Menschen, die vermeintlich als „russisch“ identifiziert werden, von Diskriminierungen in Schulen und Kindergärten oder von Anfeindungen auf der Straße. Diese Klischees sind schnell reaktiviert worden. In Deutschland können sie anknüpfen an alte Vorurteile und Zuschreibungen über russische Menschen und Russland, die seit dem zweiten Weltkrieg verankert sind (Rassismuskritische Migrationspädagogik 2022: 2).

Wenn wir hier als Netzwerke der Zivilgesellschaft und engagierte Träger, Vereine und auch Verwaltungslandschaft ansetzen wollen, wie können Unterstützungsmaßnahmen aussehen? Wie können wir russisch gelesenen Menschen vor Übergriffen schützen und in Schulen und anderen Bildungsinstitutionen für einen kritischen Umgang mit diesen Stereotypen sensibilisieren?

Unmut und „Opfergruppen-Ranking“ aufgrund unterschiedlichem Umgang mit ukrainischen Flüchtlingen und Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern

Ukrainische Geflüchtete sind bessergestellt im Vergleich zu anderen Geflüchteten, die nicht aus Europa kommen bzw. die aus Afghanistan oder anderen Ländern einreisen. Diese ungleiche Behandlung von Menschen empfinden manche Geflüchtete und ihre Betreuer:innen als ungerecht, viele sind erstaunt, andere auch rückblickend frustriert. Als Unterstützer:innen von Geflüchteten, als Menschen der Zivilgesellschaft oder aus der engagierten Verwaltung sind wir gefordert und mit den Menschen über ihre Gefühle der Benachteiligung zu sprechen. Das Netzwerk für rassismuskritische Migrationspädagogik stellt folgende Fragen, die für diese Auseinandersetzung hilfreich sein können:

„Wie gelingt es uns Fachkräften die solidarische Unterstützung ukrainischer angesichts des Frusts wegen der offensichtlich rassistischen Unterscheidung zu anderen Geflüchteten nicht abzuwerten? Wie gelingt es dem Opfergruppen-Ranking zu entgehen? Wie können wir Austausch und Raum über Gefühlsreaktionen schaffen und gemeinsam mit Geflüchteten aus vormaligen Migrationsbewegungen Strategien für einen Umgang damit entwickeln?“

Gesellschaftliche Ausgrenzungen können sich bei Fluchtbewegungen und Zuwanderungen in ein anderes Land fortsetzen

Öffentlich thematisiert und wahrgenommen werden in erster Linie die Bedürfnisse vor allem von Müttern, älteren Menschen und Kindern mit ukrainischer Staatsbürgerschaft. Aber wie ergeht es in der Ukraine ausgegrenzten Gruppen auf der Flucht und bei der Aufnahme in Polen oder Deutschland? Da es auch in der Ukraine Antisemitismus und Feindlichkeit gegenüber Sinti*zze und Roma*nja und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gibt, setzt sich diese Ungleichbehandlung auch auf der Flucht und im neuen Aufnahmeland fort.

Mit großer Sorge verfolgt beispielsweise die Jüdische Gemeinde zu Berlin die Entwicklungen in der Ukraine. Auch warnte beispielsweise schon zu Beginn der kriegerischen Bedrohung Kiews Oberrabbiner vor antisemitischen Angriffen in der Ukraine (Frankfurter Rundschau 25.02.2022).

Wie können wir hier Diskriminierungen erspüren, Menschen aus vulnerablen Gruppen nach ihren Bedürfnissen fragen und sie bei der Wahrnehmung ihrer Interessen und Bedarfen unterstützen? An dieser Stelle müssen wir vermehrt die Zusammenarbeit mit dem Verein Amaro Foro oder mit dem Zentralrat der Sinti und Roma oder der Jüdischen Gemeinde Berlins zusammenarbeiten. Handlungsleitend ist aber auch hier, dass wir diese Gruppen von Menschen immer wieder spezifisch ins Bewusstsein rücken müssen, damit sie nicht unsichtbar bleiben und eine ungleichwertige Behandlung institutionalisiert und interpersonalisiert wird.

Dieses Papier ist ein erster Entwurf von Dr. Berit Schröder und es entstand anschließend an Gespräche zwischen der Fach- und Netzwerkstelle [moskito] und Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft, Verwaltung und anderen Institutionen sowie auf der Grundlage folgender Beiträge:

// Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik: Der Krieg in der Ukraine ist auch eine pädagogische Herausforderung; 2022; <https://www.rassismuskritik-bw.de/35-newsletter-rassismuskritische-migrationspaedagogik/>

// Horoya Koalition: Stellungnahme von Horoya Koalition zur derzeitigen Situation von afrikanischen Menschen, die aus der Ukraine flüchten; 2022; <https://www.sources-despoir.de/app/download/5815954498/Stellungnahme-von-Horoya-Koalition-zur-derzeitigen-Situation-von-afrikanischen-Menschen-1.0.pdf>